

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 8 88 846 ppbn
Telefax: (02 28) 8 15 20-12

Inhalt

Professor Dr. Uwe Holtz MdB kritisiert die reale Kürzung der Entwicklungshilfe: Im Widerspruch zum Kanzler-Wort von Rio.

Seite 1

Klaus Daubertshäuser MdB sieht den Bonner Verkehrswegeplan am Ende: Minister Wissmann muß bereits den Offenbarungseid leisten.

Seite 3

Wolfgang Jüttner MdL nennt niedersächsische Beispiele für eine erfolgreiche Umweltpolitik: Vorsorge, Ressourcenschonung, Wiederverwertung.

Seite 3

Dokumentation

Die SPD-Projektgruppe "Internationale Politik" hat am Wochenende den Entwurf eines Antrags für den SPD-Parteitag verabschiedet: Der UNO helfen, nicht Kriege führen. Wortlaut

Seite 4

46. Jahrgang / 164

30. August 1993

Im Widerspruch zum Kanzler-Wort von Rio

Die Koalition beabsichtigt die reale Kürzung der Entwicklungshilfe

Von Professor Dr. Uwe Holtz MdB
Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche
Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

Der von der Bundesregierung vorgelegte Haushaltsentwurf für 1994 sieht im Bereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung einen Etat-Ansatz von 8,4 Milliarden DM vor, das heißt er soll auf derselben nominalen Höhe verharren wie 1993. Real, nach Abzug der Preissteigerungsraten, sinkt er sogar. Insofern verschleierte das Regierungswort vom "Nullwachstum" dieses Haushalts die bittere Realität von realen Kürzungen. Die Entwicklungsländer müssen daraus die Lehre ziehen, daß Kanzlerworte nicht viel zählen; sie müssen vergegenwärtigen - was durchaus heilsam sein kann -, daß deutsche Entwicklungshilfegelder nicht mehr automatisch sprudeln und sie sich folglich stärker auf die eigenen Kräfte und Anstrengungen verlassen müssen. Gerade weil die Finanzmittel für die Entwicklungsländer nicht beliebig vermehrbar sind, gilt es, gezielter und effizienter die Entwicklungszusammenarbeit zu gestalten und durch eine faire internationale Wirtschaftsordnung den Entwicklungsländern bessere Rahmenbedingungen für die Eigenanstrengungen zu sichern.

Es klafft eine Glaubwürdigkeitslücke zwischen offiziellen entwicklungspolitischen Verlautbarungen und der Wirklichkeit. Diese schadet nicht zuletzt auch der internationalen Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik. Das Einfrieren der Entwicklungshilfe auf dem Stand von 1993 steht im Widerspruch zum Kanzlerwort von Rio. Dort hatte der Bundeskanzler eine deutliche Anhebung der deutschen Entwicklungshilfeleistungen angekündigt. Darüber hinaus steht die Haushaltshöhe in deutlichem Kontrast zu den Empfehlungen des wirtschaftlichen Beirats des Entwicklungshilfeministeriums, der eine massive Erhöhung der Entwicklungshilfe zur Erfüllung der Rio-Versprechen empfohlen hatte.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53173 Bonn
Postfach 120408, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verständnis Umwelt
mit vernünftigen Rateteilen
Recycling-Papier



Anwendung des Menschenrechts-Kriteriums inkonsistent

Auch wenn begrüßt werden kann, daß unter Hinweis auf entwicklungspolitische Kriterien wie Menschenrechte und Demokratie Diktaturen wie Zaire, Togo und andre keine deutschen Entwicklungshilfegelder bekommen, so ist die Anwendung der Kriterien inkonsistent. Die menschenrechtsverletzende Aitmanner-Diktatur China gehört immer noch zur Gruppe der Hauptempfängerländer deutscher Entwicklungshilfe. Gleiches gilt für das nicht gerade demokratisch zu nennende Indonesien.

Die Entwicklungshilfe muß quantitativ und qualitativ verbessert werden. Es lohnt aber nicht, die Entwicklungshilfe zu erhöhen, wenn falsche Wege beschriftet werden. Entwicklungshilfe muß im wesentlichen Strukturhilfe sein und besonders im Sozialbereich, bei Bildung, Gesundheit und Familienplanung, bei der Umwelt und der Schaffung der politischen und rechtlichen Bedingungen für eine menschenwürdige Entwicklung ansetzen.

Die Rahmenplanung 1994 erreicht hier einen kritischen Punkt. Wie auf nationaler Ebene trifft es auch auf internationaler Ebene die Schwächsten. Geschnitten werden soll bei der Grundbedürfnisbefriedigung für die ärmsten Bevölkerungsschichten (- 353 Millionen DM bei der finanziellen und technischen Zusammenarbeit, der ländlichen Entwicklung (- 70 Millionen DM), dem Umwelt- und Ressourcenschutz (- 68 Millionen DM) (inklusive Tropenwälder), der Flüchtlingshilfe (- 16,5 Millionen DM), bei Bildung, Ausbildung und Wissenschaft (-129 Millionen DM), im Gesundheitswesen (- 1,9 Millionen DM), der Familien- und Bevölkerungspolitik (- 11,5 Millionen DM).

Gerade hier aber liegen die größten Herausforderungen für die Entwicklungspolitik. Die begrüßenswerte Anhebung der Mittel für selbsthilfeorientierte Armutsbekämpfung um 142,2 Millionen DM auf 497 Millionen DM schafft keinen ausreichenden Ausgleich für die Wunden, die in anderen Bereichen geschlagen werden. Wer immer wieder, wie die Bundesregierung, den Stellenwert von Fluchtursachenbekämpfung, von Familienplanung, von Bildung und Ausbildung, von Grundbedürfnisorientierung und Umwelterhalt propagiert, aber sich selbst nicht daran hält, der schadet seinem eigenen Bild und - viel schlimmer noch - den bedürftigen Menschen in den armen Ländern dieser Welt. Eine solche Politik des kurzfristigen Denkens führt langfristig zu einer Verschärfung der Probleme. Entwicklungspolitik ist eine positive Investition in die - auch eigene - Zukunft. Auch gegen diese Erkenntnis verstößt das Entwicklungsministerium.

Parlament als entwicklungspolitische Lobby gefordert

Dem zuständigen Minister ist es offenbar nicht gelungen, mehr Mittel für den Kampf gegen Armut, Analphabetismus, Überbevölkerung, Umweltzerstörung zu bekommen. Jetzt müßte er sich verstärkt die bekannte Einsicht 'fairer Handel ist besser als Hilfe' zu eigen machen. Das heißt vor allem: faire Bedingungen für die Entwicklungsländer im internationalen Handel, Abbau von Protektionismus, aber auch: keine Rüstungsexporte in Länder der sogenannten Dritten Welt. Zum Beispiel sind bessere Kaffeepreise wirkungsvoller als die Erhöhung der Entwicklungshilfe um eine Eins hinter dem Komma. Wann wird also der Entwicklungshilfeminister in diesem Sinne als erfolgreicher Anwalt für die Entwicklungsländer tätig? Ich bin skeptisch. Dieser Bundesregierung traue ich nicht zu, daß sie sich wirklich für globale Wirtschaftsfairness einsetzt. Im übrigen ist nicht zuletzt auch das Parlament als entwicklungspolitische Lobby gefordert, die nötigen Politikformen mit zu bewirken.

(-/30. August 1993/rs/ks)

Der Verkehrswegeplan ist am Ende
Minister Wissmann muß bereits den Offenbarungseid leisten

Von Klaus Daubertshäuser MdB
Verkehrspolitiker Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Während Koalitionsabgeordnete noch überall im Lande die Aufnahme "ihrer" Straße in den "Vordringlichen Bedarf" des Bundesverkehrswegeplans als Erfolg feiern und den Bürgern weismachen wollen, der Baubeginn stünde unmittelbar bevor, leistet Bundesverkehrsminister Wissmann bereits den Offenbarungseid. In einem Schreiben an die Länderverkehrsminister mußte er eingestehen, daß der Bundesverkehrswegeplan auf völlig unrealistischen Annahmen beruht. Wegen der knappen Haushaltsmittel hat er deshalb die westlichen Bundesländer angewiesen, ab sofort keine neuen Baumaßnahmen mehr zu beginnen; finanziert werden können praktisch nur noch die Verkehrsprojekte "Deutsche Einheit".

Die SPD hat in den parlamentarischen Beratungen immer wieder darauf gedrängt, den Bundesverkehrswegeplan in einer realistischen und seriösen Größenordnung zu halten. Der Verzicht auf eine Fülle umstrittener Großprojekte und ein überschaubarer Planungszeitraum hätte eine Konzentration auf notwendige Ortsumgehungen im Westen, Lückenschlüsse im Osten sowie einen verstärkten Ausbau der Schieneninfrastruktur erlaubt.

Statt dessen hat die Koalition im Einvernehmen mit der Bundesregierung den Fernstraßenbauplan zu einer gigantischen Seifenblase aufgepustet. Den Bürgern wurde vorgegaukelt, die Aufnahme all ihrer Wunschprojekte in den "Vordringlichen Bedarf" sichere die schnelle Umsetzung.

Keine zwei Monate nach der abschließenden Lesung im Parlament ist aber heute schon klar: Die Bescherung findet nicht statt! Auch der Strohhalm "Privatfinanzierung", an den sich Bundesverkehrsminister Wissmann jetzt klammert, wird daran nichts ändern. Es liegen weder die haushaltsrechtlichen noch die tatsächlichen Voraussetzungen dafür vor, Privatkapital in nennenswertem Umfang für den Ausbau der Verkehrswege zu mobilisieren.

Unter dem Strich bleibt die Erkenntnis, daß die Verkehrsinfrastrukturpolitik der Bundesregierung kläglich gescheitert ist. Es kommt jetzt bei der Umsetzung des Plans umso mehr darauf an, sich unter Verzicht auf teure Prestigeobjekte auf die Maßnahmen zu konzentrieren, die eine schnelle und unmittelbare Entlastung für die Bürger mit sich bringen. Dabei müssen auch die Verkehrsprojekte "Deutsche Einheit" einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. Ein realistischer Ausbaustandard kann und muß Mittel auch für dringend notwendige Ortsumgehungen in den alten Bundesländern freisetzen.

(-/30. August 1993/rs/ks)

Vorsorge, Ressourcenschonung, Wiederverwertung
Niedersächsische Beispiele für eine erfolgreiche Umweltpolitik

Von Wolfgang Jüttner MdL
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag

Eine der wichtigsten Forderungen in der Umweltpolitik ist der ökologische Umbau der Industriegesellschaft. Vorsorge statt Nachsorge; Ressourcenschonung; Vorrang für Vermeidung und Verwertung - drei Stichworte - ein Ziel: Natur und Umwelt nachhaltig schonen.

Daß unter einer rot-grünen Landesregierung nicht nur hehre Worte fallen, sondern auch Taten folgen, beweist der Öko-Fonds: Bis Ende vergangenen Jahres wurden mehr als 65 Millionen Mark bewilligt, davon allein 42 Millionen Mark für den Bereich Energie.

Umweltpolitik ist nicht vorrangig ein hoheitlicher Vorgang. Neben Ver- und Geboten kommt es vor allem auf Beratung und Kooperation an, sowohl mit der Industrie wie auch mit Betroffenen als auch mit den Umweltverbänden und nicht zuletzt mit den Betroffenen.

Auch auf diesem Sektor geht Niedersachsen beispielhaft voran: Zu nennen sind der Abfallgipfel, die Regierungskommission zur Vermeidung und Verwertung von Sonderabfällen oder die Einführung der Verbandsklage.

Wieder drei Stichworte - ein Ziel: Transparenz in der Umweltpolitik.

Erfolgreiche Umweltpolitik braucht Anteile einer funktionierenden Marktwirtschaft. Nicht nur die Schädigung, sondern gerade auch die Nutzung von natürlichen Ressourcen hat ihren Preis. Deshalb hat die SPD-geführte Landesregierung das Wasserentnahmentgelt eingeführt.

Mit unseren Ressourcen sorgfältig umgehen heißt auch, Abfall vermeiden: Die Gebührenregelung im Hausmüllbereich und die Abfallabgabe zielen in diese Richtung.

Wiederum gilt: Drei Stichworte - ein Ziel: Ressourcen schonen!

Die besten rechtlichen Bestimmungen nützen jedoch nichts, wenn die Umweltverwaltung Vollzugsdefizite aufweist. Deshalb sind seit 1990 gezielt mehr als dreihundert Neueinstellungen vor allem in den Gewerbeaufsichtsverwaltungen und beim Naturschutz vorgenommen worden.

Insbesondere durch die Initiative des niedersächsischen Ministerpräsidenten ist wieder Bewegung in die Atomausstiegs-Debatte gekommen. Gegen die Atom-Lobby aus Teilen der Industrie und der Bonner Regierung wird Niedersachsen ein Konzept zur Energiewende betreiben.

Von 1990 bis 1994 sind die rechtlichen Spielräume zugunsten einer ehrgeizigen Umweltpolitik weitestgehend ausgeschöpft worden.

Ziel bis 1998 wird sein, Kontinuität herzustellen: Bei Aufrechterhaltung des Personalbestands Natur- und Wasserschutzgebietsausweisungen voranzutreiben, die Nationalparks zu konsolidieren und in der Industriepolitik akzeptable Kompromisse zwischen Ökonomie und Ökologie zu gewährleisten.

(-/30. August 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Der UNO helfen, nicht Kriege führen

Die SPD-Projektgruppe 'Internationale Politik' hat auf ihrer Sitzung am 27. und 28. August 1993 in Bonn den Entwurf eines außenpolitischen Antrages für den SPD-Parteitag verabschiedet. Der Antrag geht jetzt an das SPD-Präsidium und den Parteivorstand zur weiteren Beratung. Nach Abschluß der Beratungen der Projektgruppe faßte die geschäftsführende Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Präsidiumsmitglied Heidemarie Wieczorek-Zeul, die Ergebnisse folgendermaßen zusammen:

"Die deutsche Vereinigung hat unsere Handlungsmöglichkeiten erweitert. Die mit ihr verbundenen Aufwendungen zur Verwirklichung der sozialen Einheit Deutschlands setzen uns allerdings auch deutliche Grenzen. Wir müssen auch deshalb Schwerpunkte unseres internationalen Engagements setzen. Diese sehen wir in der Förderung der Reformprozesse in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, in einer 'Neuen Ostpolitik', in der Umwelt- und Ressourcenpolitik und im Abbau des Nord-Süd-Gefälles. Dazu muß die Bundesrepublik Deutschland ihr Gewicht als ein wichtiges Industrieland einbringen", betont der Antrag.

Folgende Hauptforderungen sind in dem Antrag enthalten:

1. Die Europäische Einigung und Zusammenarbeit voranbringen

Die SPD will die EG vor allem da stärken, wo es um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Sicherung sozialer Mindeststandards und hoher Umweltstandards geht. Sie setzt sich

für die beschleunigte Erweiterung der EG um die beitragswilligen EFTA-Länder ein. Sie fordert eine frühzeitige Abstimmung zwischen der EG und den osteuropäischen Assoziierungsländern.

2. Die nach-kommunistischen Reformstaaten unterstützen - Für eine 'Neue Ostpolitik'

Hier verlangt die SPD eine offene Handelspolitik, die Arbeitsplätze in den mittel- und osteuropäischen Ländern und bei uns sichert. Die SPD schlägt vor allem vor, den Abbau von Handelschranken zu koppeln an die Bereitschaft zur Umweltstandards. Sie setzt sich für die Gründung eines Ostausschusses der europäischen Wirtschaft ein.

3. Die Umwelt bewahren

Die SPD wird sich dafür einsetzen, daß Deutschland national und international energische Schritte zum ökologischen Umbau einleitet. Es geht unter anderem um die Umsetzung der in Rio vereinbarten Verringerung des Energieverbrauchs und der Kohlendioxidemissionen.

4. Das Nord-Süd-Gefälle abbauen, Rüstungsexporte stoppen

Auch hier setzt die SPD auf Überwindung des Protektionismus. Die jährlichen Wohlfahrtsverluste der Entwicklungsländer durch den Protektionismus der Industriestaaten sind nach Berechnungen der Weltbank doppelt so hoch wie die Summe der weltweit geleisteten offiziellen Entwicklungshilfe. Die SPD fordert den vollständigen Verzicht auf Rüstungsexporte in Staaten außerhalb der NATO.

5. Die transatlantische Partnerschaft auf eine tragfähigere Grundlage stellen

Hier sucht die SPD eher die Kooperation bei der ökologischen Modernisierung und bei der Öffnung des Welthandels als in sicherheitspolitischen Fragen.

6. Die Abrüstung beschleunigen

Hier verlangt die SPD unter anderem alle land-, see- und luftgestützte Atomwaffen in Europa abzuschaffen. "Die SPD wird den Abzug aller Atomwaffen aus der Bundesrepublik Deutschland, nicht nur aus Ostdeutschland durchsetzen."

7. Deutsche Streitkräfte zahlenmäßig weiter reduzieren

"Die nächste Zielgröße könnte 1996 300.000 Mann sein. Bei positiver Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage können weitere Abbauschritte folgen... Die SPD will die Wehrpflicht solange wie möglich erhalten. Sie darf jedoch einer Verringerung unserer Streitkräfte nicht im Wege stehen."

Die Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr müssen erheblich reduziert werden. Sie dürfen nicht für andere Zwecke als zur NATO-Verteidigung eingesetzt werden.

8. Für Blauhelmeinsätze - gegen Kriegsführung

Im Bereich der UN-Blauhelme wird die Antragsvorlage bestätigt. Der Text hat folgenden Wortlaut:

"Wir lassen uns von dem in Artikel 1 der UNO-Satzung genannten Ziel leiten, 'den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren'. Deshalb wollen wir kollektive Sicherheit verwirklichen.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat den Ausbau der friedenserhaltenden Maßnahmen in den Mittelpunkt der Friedenssicherung gestellt.

Wir setzen uns dafür ein, daß die UNO-Blauhelm-Einsätze in der UNO-Charta verankert werden. Auch wenn das Spektrum der Blauhelm-Missionen breiter und ihre Durchführung zum Teil sehr viel komplizierter geworden ist, ist eine klare Grenzziehung möglich und erforderlich zwischen Blauhelm-Missionen (= peacekeeping) einerseits und Kriegsführung andererseits.

Ein militärischer Einsatz auf der Seite einer beteiligten Konfliktpartei macht die Blauhelmsoldaten zu Beteiligten an einem Krieg und zu Angriffszielen der anderen militärischen Seite. Dies bedeutet aber das Scheitern der Peacekeeping-Mission und damit der Vermittlungskompetenz der UNO.

Kriterien für den Erfolg von peacekeeping sind nach wie vor:

Die prinzipielle Zustimmung der Konfliktparteien, die strikte Neutralität gegenüber den Konfliktparteien, die Beteiligung von zivilem, polizeilichem und militärischem Personal als Teil des Gesamtkonzepts von peacekeeping und die offene und demonstrative Präsenz der UN-Soldaten (keine Tarnung wie bei Kampfeinsätzen) sowie höchst restriktiver Waffengebrauch mit dem Ziel der Vermeidung von Gewaltanwendung und der Verhinderung von Eskalation. In diesem Sinne gehört bereits seit 1973 der restriktive Waffengebrauch zur Selbstverteidigung der Soldaten und die defensive, deeskalierende Absicherung ihres friedenserhaltenden oder humanitären Auftrages zu den Elementen von peacekeeping, das stets auf das Einwirken mit den Konfliktparteien zielt.

Wir befürworten nachdrücklich eine Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an Blauhelm-Einsätzen der UNO. Dazu haben wir bereits auf den Parteitagen in Bremen 1991 und in Bonn 1992 wichtige Grundsätze beschlossen. Wir setzen uns für die Aufstellung einer deutschen UN-Bereitschaftstruppe mit besonderer Ausbildung ein. Friedenserhaltende Blauhelm-Einsätze wollen wir durch eine Grundgesetzänderung ermöglichen. Jeder einzelne Blauhelm-Einsatz benötigt schon wegen des Risikos für die Soldaten eine möglichst breite parlamentarische Mehrheit, mindestens aber die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages.

Die SPD steht dafür, daß die Bundeswehr nicht zu einer frei verfügbaren Interventionsarmee wird und daß es keine Beteiligung der Bundeswehr an Kriegen, zum Beispiel nach dem Muster des Golf-Krieges, gibt.

(Ende des Antragstextes)

Heidemarie Wieczorek-Zeul weiter:

Unser Ansatz ist, "der UNO zu helfen - die Bundesregierung will mit der Bundeswehr Kriege führen". Die Bundeswehr darf nicht zu einer frei verfügbaren Interventionsarmee gemacht werden.

Die SPD betont deutlicher als in den Beschlüssen zuvor, daß zur Selbstverteidigung der UNO-Blauhelme auch die defensive, deeskalierende Absicherung des friedenserhaltenden Auftrages gehört, der auf den Konsens mit den Konfliktparteien zielt und niemals ein Kampfeinsatz ist.

Sie schlägt vor, nach einer entsprechenden Verfassungsänderung mit dem Ziel der Ermöglichung von Blauhelm-Missionen jeden Einzelfall mit mindestens der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages zu entscheiden:

"Jeder einzelne Blauhelme-Einsatz benötigt schon wegen des Risikos für die Soldaten eine möglichst breite parlamentarische Mehrheit, mindestens aber die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages."

Die SPD setzt sich darüber hinaus für den umfassenden Ausbau von Wirtschaftssanktions- und Embargomaßnahmen der Vereinten Nationen ein. Auf dem Bonner Parteitag hat die SPD beschlossen, sich mit Blauhelmen auch an Maßnahmen zur Überwachung von UNO-Embargos zu beteiligen. Neu ist, daß die SPD jetzt auch die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an der Durchsetzung von UNO-Embargos befürwortet, die darauf gerichtet sind, den Ausbruch von Kriegen zu verhindern und Kriege austrocknen zu helfen.

Dies kann unter anderem mit dem Einsatz von Bundesgrenzschutz, Zöllnern aber auch von Angehörigen der Bundeswehr erfolgen. Auch diese Maßnahmen sind kein Kampfeinsatz. Für sie gelten die gleichen Regeln für den restriktiven Waffengebrauch; der Unterschied zu den traditionellen Blauhelmeinsätzen ist, daß kein Konsens mit betroffenen kriegsführenden Parteien vorausgesetzt wird.

(-/30. August 1993/rs/ks)
